Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

166 (19.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 166 | Dienstag, den 19. Juli 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Reichsregierung hat eine Notverordnung erlassen, die ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel ausspricht.

*

Das Altonaer Polizeipräsidium gab über die blutigen Vorfälle am Sonntag einen Bericht, wonach es 12 Tote gab. In Greifswald sind bei politischen Zusammenstößen drei Personen getötet worden.

*

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juli beträgt die Notendeckung 23,5 Prozent gegen 24,4 Prozent in der Vorwoche.

*

Die Berliner Universität wurde am Montag wieder geöffnet.

*

Die Türkei ist in einer außerordentlichen öffentlichen Bundesversammlung als 56. Mitgliedsstaat in den Völkerbund aufgenommen worden.

*

In Lausanne ist das belgisch-holländisch-luxemburgische Abkommen über die Senkung der Zollschranken unterzeichnet worden.

*

Auf der Deutschen Welle sprach am Montag abend der Nationalsozialist Dr. Goebbels über „Nationalcharakter als Grundlage der nationalen Kultur". Die Rede wurde auf alle deutschen Sender mit Ausnahme des Bayerischen Senders übertragen.

*

Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz ist am Montag ohne jedes Ergebnis fristlos vertagt worden. Zu der sonst üblichen Annahme eines abschließenden Berichts ist es wegen der großen grundsätzlichen Gegensätze nicht gekommen.

Aufnahme der Türkei in den Völkerbund

Genf, 18. Juli. Die Türkei ist am Montag nachmittag in einer außerordentlichen öffentlichen Bundesversammlung als 56. Mitgliedsstaat in den Völkerbund aufgenommen worden.

Die Versammlung leitete der belgische Außenminister Hymans. Von den teilnehmenden Staaten war Deutschland durch den Botschafter in Ankara, Nadolny, Frankreich durch Herriot, England durch Sir John Simon vertreten. Die Versammlung stimmte namentlich über den Zulassungsantrag ab mit dem Ergebnis, daß sämtliche in der Sitzung vertretenen 43 Staaten sich für die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund aussprachen. Der Vorsitzende erklärte daraufhin unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß die Türkei Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Mit großem Beifall wurden sodann die im Saale anwesenden Vertreter des neuen Mitgliedsstaates, der Gesandte der Türkei in Bern, Kemal Küsnü Bei, und der Delegierte der Türkei bei der Abrüstungskonferenz, Necmetti Sadik Bei, von der Versammlung begrüßt. Der türkische Delegierte Rudschi Bei erklärte, daß die Türkei es als ihre Ehrenpflicht ansehen werde, an den hohen Idealen des Völkerbundes mitzuarbeiten.

Protesttelegramme Hitlers an Reichspräsident und Reichsregierung

Königsberg, 18. Juli. Wie von der nationalsozialistischen Partei mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsinnenminister u. Reichswehrminister gleichlautende Telegramme gerichtet, in denen er behauptet, die Königsberger Polizei habe unter Führung eines Polizeimajors den ordnungsmäßigen Vorbeimarsch von SA.- und SS.-Kolonnen vor seinem (Hitlers) Wagen wiederholt gestört. Außerdem seien plötzlich sechs Ueberfallwagen in die Marschkolonnen hineingefahren. Hitler bezeichnet diese Vorgänge als „unwiderlegliches Dokument für die unhaltbaren Zustände, in die die öffentliche Ordnung unter der derzeitigen preußischen Regierung gebracht" werde und verlangt, daß seitens der Reichsregierung solcher Polizeitaktik ein Ende bereitet werde.

Zu der Beschwerde Hitlers wird von der Polizei eine ausführliche Darstellung des Vorfalles gegeben und erklärt, daß durch die polizeilichen Absperrungsmaßnahmen eine Behinderung des Vorbeimarsches nicht eingetreten sei. Der Königsberger Gauleiter, Reichstagsabgeordneter Koch, habe gedroht, er werde sofort seine SA. einsetzen, wenn die berittenen Beamten nicht entfernt würden. Hierauf wurde ihm bedeutet, dies wäre lediglich Sache der Polizei. Die Maßnahmen hatten den Zweck, eine ungestörte Abnahme des Vorbeimarsches durch Hitler zu gewährleisten.

Minister Severing in Altona

Besprechungen wegen der Zusammenstöße

Altona, 18. Juli. Der preußische Innenminister Severing, der am Sonntag in Kiel sprach, begab sich auf der Durchreise noch in der Nacht nach Altona, um wegen der blutigen Zusammenstöße eingehende Besprechungen mit den Polizeibehörden zu führen. Der Minister überzeugte sich an Ort und Stelle vom Stand der Ermittlungen und vom Umfang der Unruhen.

Allgemeines Demonstrationsverbot

Berlin, 18. Juli. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung soeben eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

Dazu wird noch halbamtlich bemerkt: Beim Erlaß der Notverordnung, mit der das Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, war zum Ausdruck gekommen, daß der Wahlkampf sich in geordneten Bahnen bewegen würde. Die Erwartungen, die an den Erlaß der Notverordnung geknüpft wurden, sind, wie die Reichsregierung feststellt, nicht eingetroffen, und die Vorkommnisse der letzten Tage, besonders in Altona, haben ihr **Veranlassung gegeben**, eine Verordnung zu erlassen, die auf dem Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni d. J. basiert und **ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel vorsieht**. Zugelassen im gesamten Reichsgebiet sind nur solche Versammlungen, die in fest umfriedeten, für Dauerbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden, wobei der Besuch nur gegen Eintrittskarten zulässig ist, z. B. das Stadion im Grunewald usw. Nach Auffassung zuständiger Stellen würde sich diese Bestimmung **vor allem gegen die Kommunisten** richten, die, wie auch die gestrigen Vorgänge in Altona bewiesen haben, dem Staat am meisten zu schaffen machen.

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung **der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen** ist, und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. **Die Reichsregierung wird notfalls auch nicht davor zurückschrecken, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schußwaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schußwaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen.** Solche Bestimmungen würden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die Zivilgerichtsbarkeit wird die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderen Schnellverfahren, bei denen absolut die Möglichkeit bestehen kann, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können. Die Absicht, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht. In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigungen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Regierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Parteien des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokatoren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

*

Die zweite Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen u. Aufzüge

T.U. **Berlin**, 18. Juli. Die Verordnung vom 18. Juli über das Demonstrationsverbot hat folgenden Wortlaut:

Aufgrund des § 2 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 Reichsgesetzblatt I S. 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 339) Anwendung.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

   1. wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt,
   2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1932.

Der Reichsminister des Innern gez. Freiherr von Gayl.

*

Preußische amtliche Mitteilung über das Demonstrationsverbot.

T.U. **Berlin**, 18. Juli. Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden damit auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Ersatzversammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldungsfrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldungsfrist.

*

Blätterstimmen zu den Maßnahmen der Reichsregierung

Berlin, 18. Juli. Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet **das neue Demonstrationsverbot als erste Korrektur der Notverordnung vom 28. Juni** und macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie ihre Geduld bis zur äußersten Grenze angespannt habe.

Der **„Lokalanzeiger"**, der die Schuld für die dauernden Zusammenstöße bei der preußischen Regierung sieht, weil die Leitung der Polizei nicht die Kraft oder den Willen hat, dem Uebel an die Wurzel zu greifen, bezweifelt, ob es der Reichsregierung gelingen wird, „im Benehmen mit den Länderregierung" die Ordnung wieder herzustellen. Es komme darauf an, wer der preußischen Polizei die richtigen Aufträge gibt.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** zweifelt, ob das Demonstrationsverbot ausreichen wird. Es gebe auch nach dem Demonstrationsverbot der Reichsregierung keinen hinreichenden Schutz für den Anmarsch der Versammlungsteilnehmer und das Uebel werde nicht an der Wurzel aufgedeckt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß kommunistische Gruppen Waffen besitzen und davon auch der Polizei gegenüber Gebrauch machen, die verpflichtet sei, angemeldete Umzüge zu schützen.

Die **„Nachtausgabe"** hält die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung nicht für ausreichend, die Reichsregierung habe die Pflicht, schließlich dem Zustand ein Ende zu machen, daß verschiedene Gebiete Preußens das Zentrum der wüstesten Hetze der antifaschistischen Organisationen gegen die gesamte Rechtsbewegung würden.

Die **„Vossische Zeitung"** fordert außer dem Demonstrationsverbot auch das Uniformverbot.

Die **„Germania"** warnt vor dem Spiel mit dem Gedanken an den allgemeinen Ausnahmezustand. Wenn die Reichsregierung Deutschland eine verhältnismäßige Ruhe wiedergeben wollte, die sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten durch die von ihr erlassenen Maßnahmen gefährdet habe, dann brauche sie nur dafür zu sorgen, daß die Uniformen wieder verschwinden und auch das gefährliche Demonstrationsrecht wieder in dem gebotenen Maße beschränkt werde.

*

Telegramm des Christlich-sozialen Volksdienstes

Stuttgart, 18. Juli. Der erste Reichsvorsitzende des Christlich-sozialen Volksdienstes, **Simpfendörfer** in Korntal, hat an den Reichspräsidenten von **Hindenburg** in Neudeck folgendes Telegramm gerichtet: Mit Entsetzen und Entrüstung verfolgt die Leitung des Christlich-sozialen Volksdienstes die von Tag zu Tag sich steigernde Verwilderung des politischen Kampfes, die Menschenleben über Menschenleben fordert, sowie eine völlige Vernichtung der Staatsautorität bedeutet und die das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande auf das schwerste schädigen muß, wenn nicht sofort Einhalt geboten wird. Wir bitten Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, dringend, nach der von Ihnen gegebenen Zusage alles zu tun, was in Ihrer Kraft steht, daß die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit als elementare Aufgabe des Staates in Deutschland wieder als gewährleister gelten kann.

*

Sozialdemokratische Fraktion des Staatsrates fordert Uniformverbot

Berlin, 18. Juli. Im preußischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preußische Staatsregierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einwirken solle, damit die **Aufhebung des Uniformverbotes sofort rückgängig gemacht** werde.

Amtsantritt Buttlers in Berlin

T.U. **Berlin**, 18. Juli. Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes H. B. Butler ist in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung seinen Antrittsbesuch zu machen. Butler wird die Gelegenheit benutzen, um auch sachliche Angelegenheiten mit der Reichsregierung zu besprechen. Er ist am Montag vom Reichsarbeitsminister empfangen worden und wird am Dienstag dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen seinen Besuch abstatten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Französisch—englisch—amerikanische Einigung in Genf

T.U. **Genf**, 18. Juli. Ministerpräsident Herriot hat am Montag abend der französischen Presse nachfolgende Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen gemacht:

In den letzten Besprechungen zwischen der französischen, der englischen und der amerikanischen Abordnung ist im Großen eine grundsätzliche Einigung zustandegekommen, nach der das künftige Abrüstungsabkommen zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Seewaffen und vor allem zu einer wesentlichen Einschränkung der Angriffswaffen führen soll. In den grundsätzlichen Punkten ist ein Ergebnis erzielt worden, das weitgehend dem französischen Standpunkt Rechnung trägt. In der Vertagungsentschließung der Abrüstungskonferenz wird festgestellt, daß in der ersten Phase der Konferenz über folgende Punkte eine allgemeine Einigung erzielt worden ist:

1. Begrenzung der Tonnage der Tanks.
2. Verbot der Gas-, chemischen und Brandwaffen.
3. Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, der über die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens wachen soll.

Ferner ist eine Uebereinkunft darüber erzielt worden, daß das am 22. September ablaufende Rüstungsfeierjahr vorläufig auf vier Monate weiter verlängert wird. Des weiteren ist vereinbart worden, daß neue Regeln des internationalen Rechts über besondere Strafmaßnahmen gegen diejenigen Mächte geschaffen werden, die in Zukunft das Abrüstungsabkommen nicht einhalten. Weiter ist die Einsetzung eines besonderen Ausschusses für die Frage der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels erzielt worden.

Keine Einigung besteht über folgende drei Fragen:

1. Das Verbot der Bombenflugzeuge. Auf diesem Gebiet sind die Verhandlungen jedoch auf gutem Wege.
2. Die Beschränkung der effektiven Truppenbestände. In dieser Frage stoßen die Verhandlungen mit der amerikanischen Abordnung gegenwärtig noch auf große Schwierigkeiten.
3. In der Flottenfrage ist bisher noch keine Entscheidung getroffen.

Herriot betonte weiter, daß man sich über eine wesentliche Herabsetzung der Heeresausgaben geeinigt habe. In der Vertagungsentschließung werde eine besondere Klausel angenommen werden, daß die in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz erzielten Ergebnisse in keiner Weise weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz insbesondere den Vorschlägen der einzelnen Abordnung vorgriffen.

Aus den Ausführungen Herriots geht eindeutig hervor, daß in den heutigen Alleinverhandlungen zwischen der englischen, der französischen und der amerikanischen Abordnung eine weitgehende Uebereinkunft erzielt worden ist, die offensichtlich in der Vertagungsentschließung als das Kernstück und die Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens erklärt werden soll. Wie zu erwarten war, ist die Frage der Gleichberechtigung bisher überhaupt noch nicht behandelt worden.

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Genf, 18. Juli. Mit den privaten Besprechungen, die am Montag mittag nach der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten zwischen den einzelnen Delegationen wieder begonnen haben, ist der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz in das letzte Stadium getreten. In einer Unterredung Herriots mit dem amerikanischen Delegierten wurde die Frage der **Herabsetzung der Effektivstärken** zu Lande, zu Wasser und zur Luft besprochen. Von amerikanischer Seite hört man, daß die Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben, doch soll Aussicht bestehen, daß man sich auf eine Formulierung einigt, die es gestattet, nach Vertagung der Konferenz die Frage weiter zu behandeln. Ferner hatte Herriot eine Unterredung mit Sir John Simon, in der, wie es scheint, die Frage der Beschränkung der Heeresausgaben eine Rolle gespielt hat.

Scharfe Angriffe Dr. Goebels gegen das Reichskabinett

Potsdam, 13. Juli. In einer Kudgebung der N.S.D.A.P. im Potsdamer Stadion wandte sich Dr. Goebbels nach einem Rückblick über die Arbeit seiner Partei in den letzten zwölf Jahren und Vorwürfen gegen die nach seiner Ansicht „rein mechanischen Regierungsmethoden" des Kabinetts Brüning, die in allem nur immer die Ausdrucksform, nicht aber die wahre Ursache unseres Unglücks bekämpft hätten, auch heftig gegen die Regierung von Papen. In seinen Augen seien auch diese Männer nicht als Kabinett der „nationalen Konzentration", sondern als „Schwächekabinett" — gemessen an ihren inner- und außenpolitischen Erfolgen der letzten sechs Wochen zu bezeichnen. Auch das Kabinett von Papen müsse fort, um den Beauftragten Adolf Hitlers Platz zu machen. Zum Schluß geißelte der wiederholt von lautem Beifall unterbrochene Redner den Aufzug von 30 Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf. Selbst „eine Partei" sei schon beinahe zu viel, da es einzig und allein um das Wohl und Wehe des gesamten deutschen Volkes gehe, das nicht wie bisher durch den Hader der Klassen, Stände und Konfessionen zerrissen werden dürfe.

Dr. Brüning in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 18. Juli. Bei einer Wahlkundgebung des Zentrums u. der Bayr. Volkspartei ergriff Reichskanzler a. D. Dr. Brüning i. d. Festhalle des Ebertparkes das Wort. Er führte u. a. aus, der Wahlkampf hätte sich vermeiden lassen. Aber nun werden die Parteien den Kampf aufnehmen. Keine Partei sei bisher bereit gewesen, die Ergebnisse von Lausanne zu ratifizieren. Manches sei vom letzten Kabinett vorbereitet worden, das jetzt in Erfüllung gehe. Vieles aber, was die jetzige Regierung vornehme, sei nicht vorbereitet worden. Den positiv aufbauenden Teil der Vorbereitungen des letzten Kabinetts habe man nur langsam publiziert. Die verschärften Bedingungen, die das letzte Kabinett ausarbeitete, habe man aber sofort bekanntgegeben. Schlagartig wollte das letzte Kabinett seine Vorbereitungen veröffentlichen, es könne aber nicht als schlagartig bezeichnet werden, wenn ein der neuen Regierung nahestehendes Organ zunächst schrieb: „Nunmehr keine neuen Notverordnungen", dann aber schärfere Notverordnungen als beabsichtigt waren, veröffentlicht werden. Wir (Zentrum und Bayerische Volkspartei), fuhr der Redner fort, werden gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgehen, aber die gemäßigten Parteien der Mitte, vor allem die Staatspartei, die Parteien der protestantischen Gläubigen werden verschwinden, verschwinden zugunsten der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Es wird eine Entwicklung geschaffen, von der niemand weiß, ob sie normal ausgeht. Niemand weiß, ob man aus dieser Sackgasse ruhig und ohne Verfassungsexperimente herauskommt. Der Redner wandte sich dann der Taktik der Nationalsozialisten zu, die erst deutlich durchblicken ließen, daß sie einen Pakt mit Papen hätten, jetzt aber gegen das Kabinett Sturm liefen und ihre demagogische Agitation vergnügt weiter trieben wie vorher. Es wird nach diesen Wahlen nicht so gehen, daß die Nationalsozialisten gar nichts von ihren Versprechungen zu erfüllen haben. Nicht durch die Diktatur einer Partei oder einer kleinen Schicht wird sich das deutsche Volk regieren lassen. Wir haben Sinn für eine gemäßigte Demokratie, für eine freiheitliche Regelung der politischen Verhältnisse.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 15. Juli

Berlin, 18. Juli. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juli 1932 hat sich in der zweiten Juliwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 124,8 Millionen auf 3497,8 Millionen RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 78,0 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 53,3 Millionen auf 891,7 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die **Goldbestände** um 52,0 Millionen auf 754,1 Millionen RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen von 1,3 Millionen auf 137,5 Millionen RM. abgenommen. Die Abnahme an Deckungsmitteln ist in fast voller Höhe auf die Bereitstellung von Devisen für die bereits bekannte Teilrückzahlung auf den Ueberbrückungskredit des Reiches (Lee Higginson u. Co.) zurückzuführen. Die **Deckung der Noten** durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 23,5 Prozent gegen 24,4 Prozent in der Vorwoche.

Wahlergebnisse aus Rumänien

Bukarest, 18. Juli. Bisher sind etwa drei Viertel der Wahlresultate eingelaufen. Es ist anzunehmen, daß von den 387 Kammermandaten **ungefähr 230 bis 240 auf die Regierungspartei** entfallen. Die liberale Partei zählt mit etwa 35 bis 40 Sitzen. Georg Bratianu mit seiner Dissidenten-Liberalen Partei erhält wahrscheinlich 18 bis 20 Sitze. Die Bauernpartei Dr. Lupus dürfte ungefähr die gleiche Mandatszahl erlangen. Die Sozialdemokraten dürften ihre Mandatszahl auf 11 erhöhen. Die beiden rechtsradikalen Parteien, die Antisemitenliga und die Eiserne Garde, dürften etwa 8 Mandate erlangt haben. Die Ungarische Partei wird wahrscheinlich mit ungefähr 20 bis 22 Abgeordneten vertreten sein. Die Deutsche Partei, die mit der Regierung in Wahlkartell war, dürfte 12 bis 16 Mandate erringen. Die Nationale Union (Jorga) wird im kommenden Parlament überhaupt nicht vertreten sein.

Doch Kampf England — Irland

Die britische Reichskonferenz in Ottawa hatte ein dramatisches und höchst bedenkliches Vorspiel erlebt. Die Aussprache zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald und dem irischen Regierungschef de Valera, deren Ziel die Beilegung des englisch-irischen Streites war, ist ergebnislos verlaufen. Irland ist bei seiner Absicht geblieben, um seine völlige Unabhängigkeit zu kämpfen, den Königseid abzuschaffen und sämtliche „Tribut"zahlungen an England einzustellen. Im offiziellen Communique heißt es, daß die verhandelnden Parteien sich außerstande gesehen hätten, ihre Positionen aufzugeben, und sich zu einem Kompromiß bereitzufinden. Die irische Delegation in Ottawa hatte sofort die entsprechenden Anweisungen erhalten, die auf die übrigen Dominions ihren Eindruck nicht verfehlen werden.

Die Zusammenkunft Macdonald—de Valera hat das Gegenteil dessen bewirkt, was dadurch erreicht werden sollte. Sie hat nicht zu einer Entspannung, sondern zu einer Verschärfung der Lage geführt. de Valera will sich jetzt nicht davon abhalten lassen, das irische Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Er will sich absolute Mehrheit verschaffen, die er jetzt noch nicht besitzt (er ist auf die Unterstützung der Arbeiterpartei angewiesen), und so seine Autorität in dem Endkampf um die völlige Freiheit Irlands zu steigern.

Indessen ist der englisch-irische Zollkrieg auf der ganzen Linie entbrannt. Die englischen Sondertarife für Irland sind in Kraft getreten, und seit diesem Tage wurde der Warenverkehr von England nach Irland so gut wie völlig lahmgelegt. Da Irland seinerseits die englischen Fertigfabrikate mit erhöhtem Zoll belegt hat, dürfte es zu der gegenseitigen Blockade zwischen England und der „grünen Insel" kommen. Es kommt jetzt darauf an, wer diesen Krieg mit geringerem Schaden durchhält. Sollte Irland die Folgen des Zollkampfes schon in allernächster Zeit schmerzlich zu spüren bekommen, dann dürften die Wahlaussichten de Valeras nicht die günstigsten sein. Allerdings hat auch England im Falle eines Handelsboykotts seitens Irlands keine Aussicht, die diesmalige Tributsumme einzutreiben, die Irland freiwillig zu zahlen sich geweigert hat.

Mit einem Wort: England geht nach Ottawa mit schwerer Belastung. Die Irland-Krise kann mit Leichtigkeit zu einer Empire-Krise werden. Macdonald wird in Lossiemouth, wohin er sich zurückgezogen hat, um sich von den Strapazen von Lausanne zu erholen, keine ruhigen Ferien verleben.

*

Irische Vergeltungsmaßnahmen gegen England

London, 18. Juli. de Valera gab in Dublin nach einer Kabinettssitzung eine Erklärung über die Gründe des Scheiterns seiner Verhandlungen mit Macdonald ab. Die irische Regierung wünsche, so betonte er, keinen Wirtschaftskrieg mit England; aber sie werde die Interessen ihres Volkes verteidigen. Dem Senat des irischen Freistaates wird eine **Notverordnung über Zölle** unterbreitet werden, die auf Waren aus England gelegt werden sollen. Es handelt sich um eine Antwort auf die gleiche Maßnahme der britischen Regierung gegenüber der irischen Einfuhr nach England.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Amtsenthebung eines sozialdemokratischen Schulrats in Mecklenburg. Der nationalsozialistische Unterrichtsminister Dr. Scharf hat heute vormittag dem sozialdemokratischen Landesführer und Regierungsrat Rudolf Puls mitgeteilt, daß die neue Regierung auf seine weitere Beschäftigung zu verzichten beabsichtige. Puls dürfte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Am Hochkalter abgestürzt. Zwei Nürnberger Kaufleute stürzten bei einer Besteigung der schwierigen Nordwand des Hochkalters von der Schärtenspitze ab. Sie waren sofort tot.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es bedurfte für Fränkel keines weiteren Kommentars, um restlos zu erkennen, wie alles gekommen war und warum. Die beiden lebenshungrigen Frauen hatten mit beiden Händen nach dem Goldfisch gegriffen.

„Und ist die Ehe glücklich geworden?"

„Welche Frage!" Die Geheimrätin wiederholte das Achselzucken. „Wenn Sie Herrn von Strewo kennen würden! Ein vornehmer, herzensguter Mensch, ein Mann, wie ihn meine Tochter nicht zum zweiten Male gefunden hätte. Ich begreife natürlich Ihre Zweifel, des Altersunterschiedes wegen, nicht wahr? Ich will Ihnen gestehen, daß ich selbst ein wenig bange war, jedoch ganz unnötigerweise! Ich betone, meine Tochter hat diese Heirat noch keine Stunde bereut."

„Sagen Sie, Frau Geheimrat, war Herr von Strewo schon einmal verheiratet?"

„Nein. Seines Herzleidens wegen war er einer Ehe immer ausgewichen. Als er jedoch meine Tochter kennen lernte . . ."

„Verzeihung, daß ich unterbreche, hat Herr von Strewo noch Brüder oder Schwestern?"

„Nur eine Schwester, die zehn Jahre älter als er zurückgezogen in Wismar lebt."

„Wissen Sie, wer im Todesfalle Strewos der nächste Erbe ist?"

„Seine Frau natürlich!"

„Und wenn er nicht geheiratet hätte?"

„Soweit ich unterrichtet bin, sein Vetter Wemblin, aber dieser Fall schied ja mit dem Tage aus, da die Heirat mit meiner Tochter Tatsache geworden war."

„Sehr wohl, Frau Geheimrat!" stimmte ihr Fränkel zu, der jetzt tiefer sah, nachdem ihm die redselige Dame so viel entschleiert hatte.

„Wenn ich nur eine Ahnung hätte, was hinter der Zusammenkunft im Park von Klein-Dolchow und der Mitteilung davon an meinen Schwiegersohn steckt," sagte Frau Geheimrat von Schloheim-Wedell.

„Ich glaube, eine Lösung dafür gefunden zu haben, sofern es richtig ist, daß Wemblin von irgendeiner Seite Kenntnis erhielt, daß zwischen Ihrer Frau Tochter und Lauffenberg einstmals Beziehungen bestanden haben."

„Beziehungen ist ein zu starkes Wort, Herr Kommissar, es war ein Freundschaftsverhältnis, wie es unter jungen Leuten vielfach vorkommt, ein anderes würde ich nicht geduldet haben."

„Na ja," besänftigte Fränkel sie, „ich will mir ja gar kein Urteil erlauben, nur hätte ich gern gewußt, ob Wemblin davon erfahren haben kann."

Die Frau Geheimrat zuate wieder die Achseln, doch plötzlich wurde sie lebhaft:

„Wenn es nur das ist . . . Ich glaube, ich bin es selbst gewesen, die ihm diese Kenntnis vermittelte, richtig, jetzt entsinne ich mich!"

„Wann geschah das?"

„Es können jetzt acht Tage her sein, da besuchte er mich. Wir plauderten über alles Mögliche. Im Laufe des Gesprächs fragte er mich, ob ich Lauffenberg kenne. In dieser Frage lag absolut nichts Verfängliches. Sie müssen wissen, Herr Kommissar, ich gebe hin und wieder einen Tee, bei dem sich von mir eingeladene namhafte Persönlichkeiten der Literatur einfinden und auch weniger bekannte, aber aufstrebende Talente. Ich verstand seine Frage infolgedessen dahin, ob ich den Namen wohl schon gehört habe. Ich bejahte und fragte, ob er eigentlich bedeutend sei? Dabei mußte ich unwillkürlich lächeln. Er bat um eine Erklärung für mein Lächeln und ich gab ihm harmlos Auskunft."

„Wobei Sie die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Ihrer Frau Tochter und Lauffenberg erwähnten."

„Ich mag dieses Wort Beziehungen nicht, freundschaftlicher Verkehr ist korrekter, und auch nur davon habe ich gesprochen."

„Somit wäre meine Schlußfolgerung vielleicht zutreffend."

„Und wie lautet Ihre Lösung?"

Einen kleinen Moment war Fränkel im Zweifel, ob er damit herauskommen solle, dann sagte er:

„Die beiden Vettern lebten zusammen, der ältere kränklich, der jüngere kerngesund, der sich naturgemäß als Erbe betrachten durfte. Es war seine Hoffnung, die Besitztümer einst sein nennen zu können, da machte ihm die Heirat Strewos einen Strich durch die Rechnung. Das Erbe war futsch, ließ sich aber retten, wenn er das Herz der jungen Frau gewann, er erlebte jedoch eine Abfuhr, kam durch Sie, Frau Geheimrat, zu für ihn wertvollen Kenntnissen, die er dazu benutzte, einen Ehebruch vorzutäuschen."

„Nein, nein, Herr Kommissar, diese Folgerung geht zu weit, sie kann nicht stimmen. Zugegeben, Wemblin hat meiner Tochter den Hof gemacht, so liegt doch kein Beweis dafür vor, daß er die Absicht hatte, die Sie ihm zuschieben und — wie Sie es etwas burschikos ausdrücken —, die selbstverständliche Antwort von ihr bekam, die sie ihm unter allen Umständen gegeben haben würde."

Fränkel hielt ihr das Schreiben hin, das er aus Wemblins Faust hervorgeholt hatte.

„Lesen Sie bitte diesen Brief Ihrer Frau Tochter an Wemblin, er muß Sie überzeugen."

Mißtrauisch nahm die Geheimrätin das Schriftstück entgegen und las.

„Das soll meine Tochter geschrieben haben?"

„Ja, ist es denn nicht ihre Handschrift? Ihr Name steht doch auch darunter."

„Die Handschrift ist allerdings sehr ähnlich . . . Ich finde es unbegreiflich . . ., Herr Kommissar, bekommt mein Schwiegersohn etwa Kenntnis von diesem Briefe?"

„Möglicherweise."

„Das müssen Sie verhindern! Meine Tochter hat eine furchtbare Dummheit begangen. Darf ich mal telephonieren? Ich möchte sie sofort in Kenntnis setzen."

Fränkel hatte nichts dagegen und Frau von Schloheim-Wedell ließ sich mit ihrer Tochter, die auf dem Gute weilte, verbinden. Hastig berichtete sie ihr:

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg